

57. Session der UNO-Frauenrechtskommission in New York (Commission on the Status of Women) zu ‘Elimination und Prävention von Gewalt gegen Frauen und Mädchen’

Als offizielle Delegierte des International Council of Women (ICW) konnte ich an dieser Session teilnehmen und vertrat die International Alliance of Women (IAW). Das diesjährige Thema „Eliminierung und Prävention von Gewalt gegen Frauen und Mädchen“ hatte im Vorfeld Besorgnis erregt. „Gewalt gegen Frauen“ gilt als eines der brisantesten Themen. Als im 2003 die Kommission das Thema „Gewalt gegen Frauen und Menschenrechte“ aufgriff, konnten sich laut UN-Women-Direktorin Michelle Bachelet die Mitgliedsstaaten nicht einigen. Differenzen bestanden damals zu Themen wie sexuelle Erziehung, sexuelle und reproduktive Rechte und zu Forderungen, dass die Souveränität eines Staates bei traditionellen Sitten sowie kulturellen und religiösen Praktiken über der Geltung der Menschenrechte stehe. Sowohl die Einheit UN-Women wie auch die überwiegende Zahl von NGO's hatten sich im Vorfeld der Session entschieden, keinen Schritt hinter erreichte Vereinbarungen zuzulassen. Über 6000 Frauen aus über 600 NGO's waren nach New York angereist. Dies gilt als Höhepunkt und als Beweis für das Engagement in diesen Fragen. Neben den Delegierten der 193 Mitgliedstaaten können an der CSW auch Nichtmitgliedsländer wie Taiwan, Palästina, der Vatikan u.a als Beobachter sowie NGO-Delegierte als Vertreter der Zivilgesellschaft teilnehmen. Interventionen von NGO's gehören zu den Vorschriften der Frauenrechts-Kommission als einziger UNO-Kommission.

Laut Bachelet ist das vorliegende Schlussdokument ein historischer Schritt, die Rechte und Würde von Frauen und Mädchen zu verwirklichen. Denn sowohl konservative muslimische und römisch-katholische Länder, wie auch liberale westliche Länder einigten sich, Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu bekämpfen. Sie ignorierten harte Einwände von Seiten der Muslimbrüderschaft Ägyptens, welche einen Bruch mit islamischen Prinzipien geltend machte (und damit die Souveränität der Menschenrechte über kulturelle und religiöse Sitten und Praktiken in Frage stellt). Das erzielte Dokument verpflichtet die Regierungen zu umfassender sexueller Erziehung für Jugendliche; es ruft auf zu sexueller Selbstbestimmung und -verantwortung, zu sexueller und reproduktiver Gesundheit; zu Zugang zu umfassenden Gesundheitsdiensten bei erlittener Gewalt; für Opfer von Vergewaltigung zu Notfall-Verhütung und Abtreibung unter sicheren Bedingungen, falls solche Dienste in der nationalen Gesetzgebung erlaubt sind. Die Regierungen werden aufgerufen, Gewalt gegen Frauen zu kriminalisieren und die Straflosigkeit von Tätern aufzuheben. Allerdings kam es zu einem Kompromiss in den Verhandlungen, so dass die Beendigung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen nicht alle Frauen, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und Gender-Identität, einschliesst. Ebenfalls fand der Ausdruck „Gewalt in engen Partnerbeziehungen“ keine Aufnahme. Nun ist auch definitiv, dass das Anliegen einer 5. Weltfrauenkonferenz, obwohl im 2012 von Ban Ki Mun angekündigt, von der UN-Women in dieser Form nicht durchgeführt wird. Die Sorge, es könnte einen Rückfall hinter die Beschlüsse von Peking, die Aktionsplattform, und spätere Resolutionen geben, gab den Ausschlag. Die Spannungen innerhalb der UNO allgemein in Menschenrechtsfragen, die Polarisierung zwischen individuellen und kollektiven Rechten, hatte schon länger zu ‚Blöcken‘ geführt. Es wird im 2015, 20 Jahre nach Peking, eine grösser angelegte Auswertung stattfinden mit Perspektiven für nach 2015.

Sehr erfreulich ist, dass die offizielle Schweiz nicht nur seit 2011 mit Patricia Schulz einen Sitz in der CEDAW-Kommission, sondern neu auch einen Sitz in der 45-köpfigen CSW-Kommission und einen weiteren Sitz im Bureau der CSW erhalten hat. Sylvie Durrer ist seit 2012 Direktorin des Eidg. Büros für Gleichstellung von Frauen und Männer in Bern.